

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,
für das deutsche Reich und ganz Österreich 8 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (S), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilage:
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame
3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 8. März.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Dr. Jacobi, Dr. Boetticher,
v. Bruns, v. Caprivi, Dr. v. Stephan u. A.

Eingegangene: Vertrag zwischen Deutschland und Serbien
vom 8. Juni v. J. über den gegenseitigen Schutz der gewerblichen
Muster und Modelle; Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben
der Reichskasse des Reichs nach Belzen.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Etats.

Staatssekretär im Reichshaus: Dr. Jacobi: Ich werde
mich bei dem Beginn Ihrer heutigen Staatsberatung auf wenige
Worte zu beschränken haben. Abgesehen von dem Wunsch, der
auch meinerseits auf eine mögliche Beförderung der Beratung
beruht, ist für diese Beschränkung bestimmend, daß der Haus-
haltetat wesentlich in unveränderter Gestalt wieder vorgelegt ist.
Unter diesen Umständen würde es wenig Nutzen und Interesse
haben, wenn ich auf meine vorjährigen Bemerkungen darüber noch-
mals zurückkommen wollte. Die Vorlage des Etats in der alten
Gestalt erleichtert die Fortsetzung resp. Wiederholung der Beratung,
aber auch abgesehen hiervon haben die Bundesregierungen keinen
besonderen Anlaß zu einer Aenderung des Etats gefunden. Hätte man
gleichwohl mit einer Neuauflage desselben vorgehen wollen, so
würde sich kaum eine Berechtigung ergeben, die Einnahmen zu er-
höhen, wohl aber würden sich verschiedene Wünsche nach Ver-
mehrung der Ausgaben geltend gemacht haben. Daß wir in dieser
Beziehung Zurückhaltung beobachten, wird gewiß die Zustimmung
des Hauses finden. Die Nachtragforderungen, die durch die ver-
stärkten Bedürfnisse des Heeres und durch die Aenderung des
Seeriseges begründet sind, werden Ihrer besonderen Zustimmung
unterbreitet werden. Einige Mehreinnahmen nicht erheblicher Art
werden sich herausstellen in Folge des Gesetzes über die Relikten-
versorgung des Heeres und der Marine, indem in den ersten
Jahren die Beiträge der betreffenden Funktionen sich höher stellen
werden. Andere Aenderungen im Etat sind durch statistische Verhältnisse
bedingt worden. Durch den Wegfall einer Beamtenpension wird
im Etat des arbeitsfähigen Instituts die Ausgabe um eine Summe
von 5475 M. vermindert. Der Etat stellt sich im Gesamten in
Einnahme und Ausgabe auf 746 882 545 M. Sodann ist im In-
teresse der Verwaltung die Aufhebung des Remontedepots
Beseitigung in Aussicht genommen. Dabei fallen einige persönliche
Ausgaben fort, aber es hat eine Entschädigung einzufallen,
werden müssen und der Wirtschaftsfonds für die Remontedepots,
der schon in den letzten Jahren regelmäßig überschritten wurde, ist
höher gestellt worden. Endlich hat die veränderte Charakteristik
einiger Beamten der Eisenbahnverwaltung eine Aenderung not-
wendig gemacht. Auch dies ist nicht ohne Einfluß auf die finan-
ziellen Ergebnisse geblieben.

Ebenso sind einige Veränderungen zu den Erläuterungen vor-
genommen worden. Neu ist eingefügt eine Uebersicht der Bestände
bei den Uebertragungsstellen zwischen den fortwährenden und den
einmaligen Ausgaben der Heeresverwaltung als Material zu einer
besseren Beurtheilung. Eine solche Uebersicht ist im November
und den letzten Jahren überhaupt nicht beigefügt worden, weil der Etat
zu einer Zeit fertiggestellt wurde, wo ein zu geringer Theil
des laufenden Jahres verfloßen war, so daß die Erfahrungen
bis dahin einen wesentlichen Anhalt nicht gaben. Ein
Mares Urtheil über die Ergebnisse des laufenden Jahres läßt sich
auch heute noch nicht mit Bestimmtheit geben. Im November
gab ich bezüglich der Ausgaben, welche durch eine Aulaise zu
erwarten seien, mittheilte, daß sich voraussichtlich ein Fehlbetrag von
47 Millionen ergeben würde und daß die Umsätze in den Ein-
nahmen, welche den Bundesregierungen zu überweisen sind, sich
auf 60 600 000 M. belaufen. Diese beiden Zahlungssummen ver-
schieden sich nach neuerer Feststellung und Berechnung nicht un-
wesentlich, aber das Gesamtergebnis wird etwa dasselbe bleiben.
Die Beträge der Fülle sind in den letzten Monaten wesentlich höhere
gewesen, im Dezember um 5, im Januar um 4½ Mill. mehr als im
Vorjahre. Die Fülleannahme im Januar ist 28 680 787 M. ist die höchste
gewesen, welche bisher im deutschen Reich erzielt worden ist, wobei
jedoch zu bedenken ist, daß die Jannareinnahmen sich in der Regel
höher stellen, als die anderen.

Daß unsere finanzielle Lage dringend darauf hinweist, die Ein-
nahme des Reichs durch neue Steuerquellen zu vermehren, ist
widerholt und auch in der Abrede angedeutet worden. Das
Resultat derjenigen Vorarbeiten mittheile ich, welche zu diesem
Zwecke von neuem wieder aufgenommen sind, ist selbstverständlich
heute nicht thöricht. Zunächst ist der Wunsch der verbündeten Re-
gierungen darauf gerichtet, daß das Reichshaushaltsrecht rechtmäßig
zu Stande kommen möge, und die verbündeten Regierungen bitten
in dieser Beziehung um ihre Unterstützung.

Abg. von Frenze (Centr.): Den Wunsch nach möglicher Be-
schleunigung des Etats theilt wohl das ganze Haus. Wir werden
mit Rücksicht auf die Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit
und kurz fassen müssen und können das um so mehr, als der Etat
uns im Wesentlichen unverändert wieder vorgelegt ist. Daß der
Ertrag der Zölle in den letzten Monaten gestiegen ist, ist etwas, was ich
schon früher vorbringen habe. Ich bitte den Herrn Staatssekretär,
aus möglichst genauer Uebersicht über die Einnahme der letzten
Jahre vorzulegen. Das Wichtigste an dem Etat ist nicht dieser Fehlbetrag,
sondern die Frage der Deckung. Die Regierung hat in der Abrede
rede Vorlagen zur Befriedigung des Bedürfnisses in Aussicht ge-
stellt, und meine Forderung ist, daß diese Vorarbeiten nach Kräften
mitzuarbeiten, so lange man von dem Monopol absteht.
Ich hoffe, daß auch die anderen Parteien ihren abste-
henden Standpunkt gegen die Monopole aufrechterhalten
werden. Für die Reichseinkommensteuer, welche gestern
der Abg. Richter wiederum in die Diskussion geworfen hat,
sind wir nicht zu haben. Abgesehen von der prinzipiellen Frage,
daß nach unserer Ansicht die Einkommenbesteuerung Sache der
Einzelstaaten, nicht des Reichs ist, obwohl eine Verfassungsbe-
stimmung dem Reich nicht entgegensteht, halten wir auch die
Schwierigkeiten, welche sich der Realisirung des Reichseinkommen-
steuerprojekts entgegenstellen, außerordentlich groß. Namentlich
würde es nach unserer Ansicht außerordentlich schwer sein zu ent-
scheiden, wem die Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer
obliegen soll. Den Einzelstaaten und ihren Beamten kann sie, wenn
es sich um eine Reichseinkommensteuer nach dem bisherigen Modus
handelt, nicht gut übertragen werden; und eben so wenig erscheint
es angängig, daß das Reich dafür besondere Beamte anstellt. Eine
Verweisung des Etats in die Budgetkommission wird diesmal nicht
in dem ausgedehnten Maße einzutreten brauchen, wie sonst. Alle
dieser Kommissar, welche in der vergangenen Session im Plenum
oder in der Kommission bereits erledigt worden sind, können wir
ohne Kommissionsberatung lediglich im Plenum verhandeln. Die
Hauptfrage ist aber dabei, daß nicht überflüssig dabei verfahren werde.
Damit unser Prüfungsbereich nicht aufrecht erhalten bleibt. (Beifall.)

Abg. v. Malchow (Centr.): Ich halte es ebenfalls für
unnöthig, diejenigen Kapitel wieder in die Kommission zu verweisen,
welche in der letzten Session darin bereits erledigt worden sind;
ebenso ist es der Zeitersparnis wegen nicht angebracht bei un-
bedeutenden kleinen Mehrforderungen. Dagegen werden wir die
größeren früher noch unerledigten Kapitel, wie den Marine-
und den Postetat in der Kommission prüfen müssen. Eine
Einsparung beim Etat wäre sehr wünschenswert, aber
ich glaube kaum, daß wir erhebliche Abstriche werden
machen können. Erfordert unser Etat daher ohnehin schon eine
Deckung, so wird dies noch mehr der Fall durch die Erhöhung der
Kriegszölle, für welche ja auch die freisinnige Partei für die
nächsten Jahre jeden Groschen bewilligen will. Wir werden daher
nicht umhin können, an eine Erhöhung des eigenen Ein-

nahmen des Reichs zu gehen. Wir werden dabei die schwierige
Lage der Landwirtschaft in Betracht ziehen und ab-
warten müssen, welche Vorschläge die Regierung macht.
Bisher ist es nicht möglich gewesen, zu einer Vereinbarung in
Bezug auf die Steuerreform zu kommen; hoffentlich werden wir uns
leicht zu B. über die Besteuerung des Branntweins einigen können.
Vorschläge in dieser Beziehung zu machen, kann ich mich in dieser
Stunde enthalten. Wenn die freisinnigen eine Resolution be-
treffend eine Reichseinkommensteuer beantragen haben, so bedauern
wir, daß sie nicht gleich einen bezüglichen Gesetzentwurf voran-
stellen. Eine Resolution vorzuschlagen ist leicht, erst bei der Aus-
arbeitung des Gesetzes beginnen die Schwierigkeiten, und so lange
kein formelltes Gesetz vorliegt, können wir unmöglich in dieser
schwierigen Materie Stellung nehmen. Das will ich bereits jetzt
einige Worte darüber sagen. Man hat uns mit Unrecht im Wahl-
kampfe den Vorwurf gemacht, als ob wir uns der stärkeren Heran-
ziehung der wohlhabenderen Klassen entgegenstellten. Im
Gegentheil, wir sind seit Jahren für eine Reform der direkten
Steuern eingetreten, und wir waren es, die die Anregung zu einer
Kapitalistensteuer gegeben haben (Sehr richtig! rechts). Aber es
erheben sich doch große Bedenken gegen die Reichseinkommensteuer.
Wir müßten die bisher beobachtete Scheidung, wonach die direkten
und Personaleinkommen der Einzelstaaten, die indirekten dem
Reiche gehörten, aufgeben; es würde zu großen Unzuträg-
lichkeiten für die Einzelstaaten, wie für die Steuer-
zahler führen, wenn dieselben Personen in ihrem Einkommen in
Reich und Staat nach verschiedenen Modis besteuert würden; wir
würden vor die schwierige Frage gestellt, wer die Reichseinkommen-
steuer erheben soll, das Reich oder die Einzelstaaten. Trotz aller
dieser Bedenken nehmen wir jetzt noch keine Stellung zur Reichs-
einkommensteuer; wir müssen eben abwarten, wie die freisinnige
Partei ihren Gedanken näher ausführen wird. Für den diesjährigen
Etat wird jedenfalls diese Steuer noch nicht in Frage kommen,
und wir werden auf andere Weise für eine Deckung des Bedürf-
nisses zu sorgen haben. Ich beuge die Inverität, daß es uns ge-
lingen wird, zum Einverständnis über diese Fragen zu kommen.
(Beifall rechts.)

Abg. Richter (Centr.): Da die erste Staatsberatung bereits ein-
mal ausgiebig stattgefunden hat, so werden wir wieder die jetzige
erste noch zweite und dritte Beratung verzögern und sind daher
damit einverstanden, wenn unsere Resolution wegen der Reichs-
einkommensteuer gestrichelt zur Beratung gestellt wird. Der Etat
selbst ist für uns ein paar Kleinigkeiten unbedeutend geblieben.
Wir haben erhebliche Ausfälle bei wichtigen Einnahmequellen
und andererseits erhebliche Mehrausgaben. Die Folge wird
sein eine solche Erhöhung der Materialbeiträge, wie wir sie noch
nie gehabt haben, in Höhe von etwa 50 bis 55 Millionen. Es
wird sich nur vorläufig um die Deckung des Defizits handeln. Man
hat uns immer als Abgänger hingestellt, die der Regierung alle Ein-
nahmeguellen verweigern. Bei der ersten Lesung des vorigen Etats
habe ich schon gesagt, daß eigentlich die Hauptaufgabe ist, Deckungs-
mittel zu schaffen für diejenigen Defizits — mit Erlaubnis zu
sagen — welche im Reich und in den Einzelstaaten entstanden
sind. Man hat uns auch durch ein eigenthümliches Verfahren mit
Inanspruch genommen, für diese Deckung zu sorgen. Wenn es
darauf ankommt, und als Heilmittel zu bezeichnen, dann heißt es
stets: Seht, da sind die Leute, die der Regierung niemals die
Mittel gewähren, wenn sie sie braucht! Handelt es sich aber
um neue Projekte zur Beschaffung von Deckungsmitteln für
die Reichsbedürfnisse, dann sagt man uns: Ihr Freisinnigen
habt ja stets erklärt, daß Ihr für die Deckung sorgen werdet. Wie
stimmt das zu einander? Entweder haben unsere Gegner im ersten
Fall Recht oder im zweiten. Die Wahrheit liegt, wie überall, so
auch hier in der Mitte. Man kann nie eine Opposition verant-
wortlich machen für die Ausgaben einer Regierung, welche sie stets
bekämpft hat. Das ist ein in allen konstitutionellen Staaten an-
erkannter Grundsatz. J. D. in Verwaltungsausgaben: Sind
wir da verantwortlich für die Ausgaben für jeden
neuen Sekretär und Geheimrath? Bei der Kolonialpolitik
und der dadurch bedingten Vermehrung der Marine vollständig
sind wir vollständig thätig gegenüber. Ich würde also bitten,
uns von der Verpflichtung zu erlösen, über die Mittel zur Deckung
des Defizits und den Kopf zu zerbrechen. Warum hat die Re-
gierung die Rathschläge nicht befolgt, die ihr in Bezug auf Reform
der Zölle und Branntweinsteuer von allen Seiten gegeben wurden?
Die Vertheilung der Exportprämien beim Zucker würde allein hier
40—50 Mill. Mehreinnahme ergeben. Aber hier handelt es sich bekannt-
lich um landwirtschaftliche Interessen, die geschützt werden müssen.
Wenn Herr von Malchow sich der Kapitalistensteuer rühmt, so
bin ich stets ein Freund derartiger direkter Steuern gewesen, aller-
dings in dem Sinn, daß auch der Grundbesitz herangezogen würde.
Dafür sind aber die Herren nie zu haben.

Die jetzigen außergewöhnlichen Verhältnisse haben uns zu
unserer Resolution betr. die Reichseinkommensteuer bewegen. Dieser
Antrag ist kein bloßes Agitationsmittel, sondern vollkommen ernst
gemeint. Wir werden denselben immer und immer wiederholen,
zumindest man seit 1879 eine Steuer- und Finanzpolitik ge-
trieben hat, die alle Last auf die Schultern der weniger
bemittelten Klassen gelegt hat. Jetzt müssen einmal auch
die Wohlhabenderen das Joch tragen. Die Gegner meinen Ver-
fassungsbedenken ein, indem sie sagen, die Einkommensteuer sei
Sache der Einzelstaaten. Im Interesse des Reichs sind doch aber
schon viele andere Steuern den Einzelstaaten abgenommen worden.
Was die angebliche Schwierigkeit der Veranlagung und Erhebung
betrifft, so bitte ich Herrn v. Malchow, sich die Vorlage von 1881,
betr. die Mehrwertsteuer, anzusehen. Die Regierung hat uns damit
vorgeworfen, aber es fehlt eben jetzt der gute Wille. Ich könnte
sogar schon eine Skala der Steuern vorbringen, wenn es gewünscht
wird. Es handelt sich hier um viel weniger Steuern als bei jener
Mehrwertsteuer.

Mit den indirekten Steuern ist man ja nun bei uns wie auch
in Frankreich am Ende. Die Abrede erkennt dies völlig an,
indem sie davon spricht, es sei nöthig neue Steuerquellen zu er-
öffnen, die der Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der Steuerzahler
entsprechen. Das unterschreiben wir auch. Aber ich habe nicht die
Sonnung, daß dieser Passus von allen Seiten des Hauses so interpretirt
wird, wie es richtig ist. Seit 1879 ist im Sinn der Gerechtigkeit und
Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nichts in unsern Steuersystem
geändert. Es werden und bereit finden mitzuwirken im Sinne
einer sozialen Steuerpolitik, welche die Leistungsfähigkeit der Steuer-
zahler berücksichtigt. Geht das letzte nicht, so werden wir das
bisherige System nach wie vor bekämpfen. Wir sind besonders
nicht zu haben für eine Steuerpolitik, welche die agrarischen
Interessen allein fördert, wir wollen nicht eine Klasse privilegiren
zum Nachtheil anderer Klassen. Bei den Wahlen hat man dem
Volke die Erbschaftsteuer vorgelegt, und das Volk hat das geglaubt.
Die Machtstellung Deutschlands liegt uns eben so am Herzen wie
jedem Anderen, aber das deutsche Volk wird es bald einsehen, daß
neben der Machtstellung es auch andere Interessen giebt, vor allem
politische Freiheit, die jetzt überall darniederliegt. Möge uns die
Majorität dieses Hauses in unseren Bestreben unterstützen, diese
Freiheit wieder herzustellen. (Beifall links.)

Abg. v. Wenda (N.): Wir haben aus der Rede des Vorred-
ners gewiß gern entnommen, daß er bereit sein wird sowohl für
die zeitweilige Festhaltung des Etats wie für eine gerechte Steuer-
reform einzutreten. Ich kann ihm versichern, daß meine poli-
tischen Freunde für eine gerechte Steuerreform gar keine Sym-
pathe haben. (Sehr gut!) Ich glaube auch, die Erledigung der Arbeiten
über diesen Etat wird ja so lange nicht dauern, weil wir schon sehr
viele Vorarbeiten aus dem vorigen Jahre haben. Der Etat ist im
Wesentlichen unverändert und vorgelegt, und es ist nichts Neues,

wenn wir aus ihm erfahren, daß unsere Finanzlage im Reich eine
keineswegs erfreuliche ist, nicht allein in Bezug auf die ungedeckten
Bedürfnisse im Reich selbst, sondern auch in Bezug auf die Rück-
wirkung in den Einzelstaaten. Um den Staat, der mir zunächst
steht, anzuführen: wir haben in der Budgetkommission des preu-
ßischen Landtags erst vor wenigen Tagen die Arbeiten ab-
geschlossen. Das Resultat ist unverändert geblieben
wie in der Vorlage. Wir haben es mit der Deckung eines Defizits
von 29 Millionen zu thun und mit dem Verzicht auf die Amorti-
sation unserer Eisenbahnschuld. Bei alle dem ist der Etat doch
recht dürftig ausgestattet. Ähnliche Verhältnisse liegen vor in den
allermeisten deutschen Staaten; und wenn man auch der Meinung
ist, daß in den Einzelstaaten zur Abhilfe der Nothstände selbst noch
viele gethan sein kann, so sind wir doch alle überzeugt, daß auch
das Reich helfen muß. Das Reich muß vor Allem helfen, daß
wieder die Materialbeiträge auf ein normales, geringeres Maß
zurückgeführt werden. Darüber, denke ich, sind wir alle einig.

Wir haben am Schluß des vorigen Jahres, ich glaube mit
einem gewissen Haugen und mit wenig Bedauern, die Erklärung
der Reichsfinanzverwaltung gehört, daß sie, nachdem ihr alle Mög-
lichkeiten und alle Verluste gescheitert seien, nun auf die Initiative
in Bezug auf die Steuerreform verzichtet. Sie wissen alle, welchen
Eindruck die damalige Erklärung im Reichstage gemacht hat.
Aber wir sehen, wie mit einem Schlage nunmehr
diese Situation verändert ist. Wir tragen uns nicht allein
mit der Hoffnung, daß über die notwendigen Veränderungen
eine Verständigung zwischen uns und der Reichsregierung statt-
finden wird, sondern wir lesen auch in der Abrede den aus-
drücklichen Satz, daß in dieser Beziehung die notwendigen Steuer-
reformen bereits in der Ausarbeitung begriffen sind. Ich sage
damit, daß nach der gegenwärtigen Situation diese Frage, ich möchte
sagen, wie mit einem Schlage in ein ganz anderes Licht gestellt ist.
Wir haben die Ansicht und die Versicherung seitens der Regierung,
daß sie die Initiative ergreifen wird, und wir sind daher vorläufig
von der Nothwendigkeit entbunden, unseren Kopf selbst mit
Steuerplänen zu beschweren. Wir werden abwarten, was in dieser
Beziehung die Reichsregierung uns bringen wird. Daß bei alledem
die Lösung auch für die Reichsregierung nicht sehr leicht werden
wird, darüber habe ich nicht den mindesten Zweifel. Nach meiner
Auffassung und wie ich glaube auch nach der Auffassung meiner
politischen Freunde wird es vor allem darauf ankommen, zunächst
einmal den wirklichen Bedarf festzustellen. Wir hoffen und wünschen,
daß in dieser Beziehung keine Verschleierung stattfinden wird,
aber daß man auch Wohlstand nehme von phantastischen
Programmen, daß man sich an den Gedanken gewöhne,
daß es wohlfeiler ist und schneller zum Ziele führt, wenn
man einfach und langsam das zunächst wirklich real Erforderliche in
Ansicht nimmt, und danach die weiteren Steuerpläne einrichtet.
Ich hoffe, daß in der Beziehung auch die Reichsregierung selbst der
Meinung sein wird, daß zu viel auf einmal fordern keineswegs das
Geschäft fördern heißt. Ich hoffe dann aber, daß in Bezug auf die
Verständigung mit der Regierung auch die Gemüthe fort-
schreiten werden, die im vorigen Jahre, wie wir uns ent-
sinnen, bei den Beratungen der kaiserlichen Kommission
über die Vorschläge der Reichsregierung innerhalb der Fraktionen
selbst bestanden. Ich hoffe insbesondere, daß von allen Seiten die
Interessenfragen zurücktreten werden gegen die unerlässliche Noth-
wendigkeit, gegenwärtig zu einer Verständigung in dieser Frage zu
gelangen. Das sind aber Alles Dinge, die uns in einer späteren Stunde
beschäftigen, zunächst kommt es doch darauf an, daß wir den Etat so
schleunig wie möglich feststellen. Und ich meine, es auch geschehen, nicht
indem wir etwa verzichten auf die sorgsame Prüfung, welche un-
zweifelhaft noch ergebnisreich, daß wir in so manchem Etat noch erheb-
liche Einsparnisse machen können. Die Pflicht, auf Einsparnisse Bedacht
zu nehmen, geht in doppelter Weise, glaube ich, gerade aus der
gegenwärtigen Situation hervor. Je mehr wir bereit sind, je mehr
wir auf eine Verständigung mit der Regierung hoffen, um so
mehr sind wir verpflichtet, von der Regierung auch ein Ent-
gegenkommen zu erwarten über diejenigen Dinge, von
welchen wir glauben, daß sie noch eine Herabminderung oder
einen Aufschub erfahren können. Für die Budgetkommission, welche
Herr von Malchow beauftragt hat, erwächst unabweisbar — es
bleiben ihr nur 14 Tage bis 3 Wochen — eine schwere Arbeit, aber
ich habe das Vertrauen, daß sie ihr recht zu thun ihre schwere Auf-
gabe lösen wird, und wir wollen sie auf diesem Wege mit unseren
guten Wünschen begleiten. (Beifall.)

Abg. Nobbe (Rechts): Der Abg. Richter hat uns einseitig
aggressive Gesichtspunkte vorgeworfen. Das ist absolut ungerecht-
fertigt, wir wollen vielmehr eine Reform der indirekten Steuern im
Interesse des gesamten Landes. Daß eine Balance des Etats
überhaupt nicht erzielt ist, ist richtig, und eben darum werden wir eine
Erhöhung der Einnahmen zu erzielen suchen müssen. Was den
Gedanken der Reichseinkommensteuer betrifft, so ist es richtig, daß
er zuerst vor Jahren von konservativer Seite aufgegeben ist; aber
es hat sich eben gezeigt, daß seiner Realisirung unüberwindliche
Schwierigkeiten entgegenstehen. Allerdings steht die Veranlagung
einer Individualsteuer der direkten Steuern für das Reich nicht
direkt entgegen. Indessen hätten doch unsere ganzen Verhältnisse
darauf, daß das Reich seine Einnahmen aus den indirekten Steuern
zu beziehen hat. Wir hätten daher nach wie vor daran fest, daß
ein organischer Ausbau der indirekten Steuern erfolgen
muß. So lange dies nicht geschehen ist, ist und eine Erhöhung
der Materialbeiträge immer noch lieber als die Reichseinkommen-
steuer, zu deren Erhebung dem Reich selbst die geeigneten Organe
fehlen. Wir stehen also, wenigstens vorläufig, der Reichseinkommen-
steuer nicht freundlich gegenüber, stehen vielmehr wie bisher auf
dem Standpunkt, daß ein Ausbau der indirekten Steuern nicht
allen der Balancierung des Etats wegen zu erfolgen hat, sondern
auch damit die Einzelstaaten vom Reich eine Dotation erhalten
können, um drückende Steuern in minder drückende zu verwan-
deln und zur Entlastung der Kommunen. (Beifall rechts.)

Hierauf werden auf Antrag der Abg. v. Wenda (N.), Bor-
mann (Rechts), v. Frenze (Centr.), v. Malchow (Centr.) und
Richter (Centr.) diejenigen wichtigsten Kapitel, welche in der ver-
gangenen Session in der Kommission noch nicht erledigt waren,
einstimmig der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mitt-
woch 1 Uhr. (Zweite Beratung der Militärverträge; erste Be-
ratung des Militärreluktanzgesetzes und der Ergänzungen zu den
Bestimmungen betr. Pensionirung und Versorgung der der Marine
angehörigen Personen.)

Schluß 2½ Uhr.

Und dem Reich und den Provinzen.

Magdeburg, 7. März. Der in einer größeren Anzahl von
Kommunen in Baden beschlossene Metallarbeiter S. wurde
Sonntag verhaftet. Gegen denselben herrschte bei den Sozial-
demokraten und auch großer Haß, da man ihn, wie die „Magde-
b. Ztg.“ meldet, im Verdacht hat, der Polizei das Material zur
Anlage für den vor Kurzem hier gegen die Sozialdemokraten ver-
handelten Prozeß geliefert zu haben. Er war früher in einem
im vorigen Jahre aufgelösten Fachvereins Vorstandsmitglied und
soll nach der Auflösung dieses Vereins an der Leitung der hiesigen
sozialdemokratischen Bewegung, an den geheimen Versammlungen u.
eifrig Theil genommen haben. Dem S. ist in den letzten Tagen
von seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen in schärfster Weise
nachgestellt worden; vor der Fabrik, an den Haltestellen der Eisen-
bahn standen nach beendeter Arbeitszeit stets Leute, welche auf ihn
mit den bestien Absichten schielten, weil sie der angeblichen Ver-
nunftlosigkeit und nicht der eigenen Schuld der in den Prozeß Ver-
wickelten die bösen Folgen des sozialistischen Treibens zuschrieben.

Wien, 7. März. In Angelegenheit der polnischen Rettungsbank wurden, der „Polenier Ztg.“ zufolge, von der Versammlung des polnischen landwirthschaftlichen Vereins zu Lemberg folgende Beschlüsse gefasst: 1) wurde folgende vom k. k. Kaiserlichen Bevollmächtigten in Lemberg angenommene: „es sei Bürgerpflicht, die Bemühungen der polnischen Landwirthe in ihren Bestrebungen um Rettung des bedrohten Landbesitzes zu unterstützen und in ein unmittelbares Verhältniß zu dem Comité, welches sich in dieser Angelegenheit in Lemberg gebildet hat, zu treten“; 2) wurde ein von Cieselski gestellter Antrag angenommen, nach welchem die Versammlung sich verpflichtete, in den Abtheilungen des Vereins, wenn auch noch so kleine Beiträge für die Rettungsbank zu sammeln, und diese Angelegenheit in den Kreisen zu fördern; 3) wurde ein Antrag des Grafen Ziebuschki angenommen: 2 Delegirte zu dem Lemberger Comité für die Rettungsbank zu wählen; ein vierter Antrag, welcher dahin ging, den aus dem Metallfonds gebliebenen Restbetrag für die Rettungsbank zu bestimmen, wurde gleichfalls angenommen.

Nützliche Nachrichten.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben allergnädigst geruht: den nachbenannten Offizieren und Beamten der Marine die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien zu erteilen, und zwar: des Ehren-Großkreuzes des großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; dem Vice-Admiral Grafen von Monts, Chef der Marine-Station der Nordsee; des Ehren-Kreuzes des kaiserlichen Ordens: dem Intendanten der Marine-Station der Nordsee, Domier; des Ehren-Kreuzes erster Klasse desselben Ordens: dem Marine-Hauptbau-Direktor von der Werft zu Wilhelmshaven; sowie des Ehren-Kreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Regiments-Quartiermeister Diecke, Sektions-Vorsteher bei der Hafenbau-Kommission zu Wilhelmshaven.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Ober-Berg-Rath von Liepke zu Breslau bei seinem vorstehenden Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Geheim-Berg-Rath, und dem Intendanten-Sekretär, Rechnungsrath Seyffert von der Intendantur III. Armeekorps, bei dem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Geheim-Berg-Rath zu verleihen; sowie den bisherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Bursfelde, Kommerzienrath Arthur Pastor dafelbst, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Uebereinkunft in gleicher Eigenschaft für eine weitere sechsjährige Amtsdauer zu bestatigen.

An der Blinden-Anstalt in Steglitz ist der ordentliche Lehrer Matthias vom Schullehrer-Seminar zu Münsterberg als erster ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Die königliche Eisenbahn-Direktion hier selbst ist mit der Aufstellung genereller Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Schönholz oder einem anderen geeigneten Punkte der Berliner Nordbahn über Langel nach Belten beauftragt worden.

Neueste Nachrichten.

C. T. C. Hamburg, 8. März. Die feierliche Beisetzung der Leiche des Bürgermeisters Dr. Kirchhauer erfolgte heute von der St. Georgskirche aus unter dem Geläute aller Glocken und unter Theilnahme der Spitzen der Behörden, der hier beglaubigten Vertreter fremder Regierungen und einer zahlreichen Menschenmenge. Eine Abtheilung Militär eröffnete den Zug. Die Schiffe und Gebäude hatten halbmast gesetzt.

Wie der „N. Pr. Ztg.“ aus Wien mitgetheilt wird, ist die Nachricht der „Agence Havas“, die fremden Konsuln in Rustschuk hatten einen Kollektivschritt zu Gunsten der dort Verurtheilten gefasst, unrichtig. Eine Interpellation, welche Graf Zichy in der österreichischen Delegation deshalb einzubringen beabsichtigte, ist unterblieben, weil derselbe von kompetentester Seite schon vor Einbringung der Interpellation mitgetheilt worden, daß ein solcher oder ein ähnlicher Kollektivschritt seitens der Konsuln nicht unternommen worden ist.

Wien, 8. März. Den bekannten Civilablatzposten von Bosnien erhielt Baron Rukichera.

(Privattelegramm der „Nat.-Ztg.“)

Sofia, 8. März. Die Einberufung der Sobranie steht unmittelbar bevor.

(Privattelegramm der „Nat.-Ztg.“)

Gesellschaft für Erdkunde.

Sitzung vom 5. März 1887.

Den Vorsitz führte Herr Prof. Dr. Sachau. Aus den geschäftlichen Mittheilungen ist Einiges hervorzuhoben. In erfreulicher Weise ist die Summe für das Nachfolgendmal durch die Sammlungen in Dresden um 700 Mark gestiegen, so daß sie jetzt etwa auf 12000 Mark angewachsen ist. Es ist zu wünschen, daß sie sich noch ferner vermehren möge. In der Woche nach Ostern findet in Karlsruhe der 7. deutsche Geographentag statt. Es wird mit denselben eine Ausstellung verbunden sein. Der Ausschuss der Karl Ritter-Stiftung schlägt vor, Herrn Dr. Vogel, Lehrer der Mathematik in München, ebenfalls Mitglied der deutschen Subpolarexpedition, und gegenwärtig als Mitglied der zweiten brasilianischen Expedition des Dr. R. von den Steinen, die Summe von 2000 Mk. zu bewilligen. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei. Der Generalsekretär Dr. von Dandellmann trug den Inhalt der von Dr. W. Reichenauer über die Gemaltes Emin Pascha's angestellten Untersuchungen, welche in einer Mittheilung der geographischen Gesellschaft in Bremen veröffentlicht worden sind, vor. Hiernach heisst der Genannte Eduard Schnitzer und ist am 28. März 1840 zu Oppeln in der preussischen Provinz Schlesien als Sohn des dortigen Kaufmanns Louis Schnitzer und seiner Ehefrau Pauline geb. Schmeider geboren. Er kam mit seinen Eltern als Kind von etwa 2 Jahren nach der oberösterreichischen Stadt Reife, woselbst seine Mutter nach dem 1. 3. 1845 erfolgten Tode seines Vaters den Kaufmann Treib beiratete. Die Mutter lebt dort heute noch, ebenfalls eine vollständige Schwester Melanie Schnitzer. Eduard Schnitzer ist evangelischer Konfession; seine wissenschaftliche Vorbildung erhielt er am dem katholischen Gymnasium von Reife. Er studierte in Breslau Naturwissenschaften und Medizin und legte den Plan, als Naturforscher in die Welt zu gehen. In Berlin hielt er sich Anfangs der 60er Jahre Studien halber auf und promovierte hier selbst auch wahrscheinlich. Nach einigen Reisen in den Orient folgte er 1871 Ismael Pascha nach Trapezunt, Erzerum, Konstantinopel, Janina und besuchte 1875 noch einmal seine Heimath und trat dann als Arzt in die ägyptische Armee ein. Dort befindet er sich heute als Generalgouverneur und Pascha in der Aequatorialprovinz.

Den Hauptvortrag des Abends hielt Herr Dr. Enock Hartgrove aus London über seine Reise nach Afrika. Es haben nur ihm vier Europäer Afrika besucht und zwar zur Pilgerzeit; er dagegen verweilte in der heiligen Stadt vom Februar bis August 1885, mußte sie dann aber, nachdem er trotz seiner Verleumdung als Christ erkannt worden war, in künftighiniger Eile verlassen. Der Vortragende hatte in Afrika als wissenschaftlicher Schriftgelehrter gelebt, welcher an der Quelle der gelehrten Schätze seine Studien trieb. Zur Vorführung konnte er sich mit der Photographie beschäftigen, da das Abbilden menschlicher Geschöpfe bekanntlich verboten ist. Dennoch gelang es ihm, Hunderte der vorzüglichsten Aufnahmen von Personen, Baumarten &c. zu machen, welche im Ethnographischen Museum in Berlin aufgestellt waren. Er hat den bekannten Buchhändler Grundriss von Afrika berichtet. In seinem Vortrage über Afrika und dessen Bewohner trat er vielen landläufigen Anschauungen entgegen. Interessant sind die von ihm angeführten Untersuchungen über die Frage, was wohl die Veranlassung der Gründung Afrikas gewesen sein könnte. Es scheint, als ob das Wasser des heiligen Brunnens Samale, der sich nur wenige Meter von dem selbigen schwarzen Stein in der Kaba befindet, eine Art heiliges Bitterwasser ist, welches vielleicht zu Heilzwecken verwandt wurde — wie heute noch — und Besucher seit alter Zeit angoß. Den zweiten Vortrag des Abends hielt Herr Dr. Decker über den Yellowstone Park. Der Redner hat die oft besprochene sehr ursprüngliche Wald- und Gebirgslandschaft Nordamerikas mit ihren Quellen und Springquellen besucht und schil-

berte unter Vorlage einer sehr großen Anzahl von Photographien, Illustrationen und Abbildungen der bemerkenswerthen Punkte seine Erlebnisse während eines Mittels durch den Yellowstone Park.

Archäologische Gesellschaft.

In der letzten Sitzung kamen zur Vorlage u. A. D. C. Head, Historia nummorum; Hebenemann, Japan in Keldis; Brenner, Jahresbericht über Numismatik; Poesche, Boreas und Dreithia am Kappeloskafen; Scheldt, Frau- und Kunstdenkmäler des Regierungsbezirks Koblenz; Bpl. Greifswalder Kirchen II, III. Als ordentliche Mitglieder traten ein die Herren Erman und U. Köhler, als außerordentliche die Herren Brückner und G. Schulz. Herr Engelmann legte die Zeichnung einer Bräutlerin Gipse des Berliner Museums vor, auf welcher Paris im Gepräch mit Atalante, Helena und einer dritten Frau dargestellt ist. Vermuthlich handelte es sich hier um einen Schmuckstein zwischen sterblichen Frauen, wie er ganz ähnlich auf dem von Plinius (35, 17) erwähnten, zu dessen Zeit schon theilweis zerstörten Bilde in Eleonion dargestellt gewesen sei, auf welchem gleichfalls Atalante neben Helena zu sehen war. Derselbe besprach ferner die Darstellung eines in Paris befindlichen etruskischen Spiegels und bezog die untere Reihe derselben auf Helena als Königin von Sparta, wo sie nach ihrem Tode mit Adonis zusammen beerdigt wurde, die obere auf Euphrosyne, deren Sohn, — in der Beischrift als „Epeur“ bezeichnet — der von Herakles dem Zeus entgegentragt wurde. In der sich anschließenden Besprechung dieser Darstellung betonte Herr Dieck die Unzuverlässigkeit der Mythensammlung des Ptolemäus, der einzigen Quelle der Euphrosyne-Sage. Herr Hartmann legte das von Poesche und ihm im Auftrage der archäologischen Instituts herausgegebene Werk über die Mythen der Griechen vor. Ferner berichtet er von seinen neuen Forschungen über die Bronzen von Olympia, wo er während seines jüngsten Aufenthaltes mehrere hochwichtige archaische Denkmäler, u. A. einen reich verzierten Ring, ganz ähnlich dem im „Bull. de corresp. hell.“ 1885 veröffentlichten, entdeckte. Herr Fabricius sprach eingehend über die schon in der Novemberberingung kurz erwähnten epigraphischen Entdeckungen von Halberstadt auf Rota. Herr Curtius, welcher dem ersten Theil der Sitzung beizuwohnen verhindert war, gab die Nachricht des so unerwartet der Wissenschaft entzogenen Wilhelm Henzen, zu dessen Ehre sich die Versammlung erhebt, und legte dann den Bericht von U. Mischhöfer über Standpunkt und Methode der attischen Denkmäler vor. Im Auftrage der Centraldirektion des arch. Instituts hat Mischhöfer mit den jetzt vollendeten Blättern der attischen Karten eine zusammenhängende Durchforschung der Denkmäler von Attika im November vorigen Jahres begonnen, welche auch für Kunsthändler an unermesslich reichen Ergebnissen geführt hat. Derselbe vom Symmetrisch sind in Laupthal zwei altattische Werke zu Tage getreten, ein Relief mit dem Löwenwürgernden Herakles und ein terracottenes reich verziertes Grabmonument mit einem Relief auf der Haupt- und trauernden Figuren auf den Schmalseiten. Beide Werke wurden in Zeichnungen von Dr. Winter vorgelegt, außerdem ein dorisches Relief aus Koropos: Dionysos hinter einem Altar, dem seltsam überant hat. In Sparta, wo Mischhöfer den Demos Ephyra erkundet hat, ist die Zahl der bekannten Denkmäler auf das Vierfache gestiegen. Zum Schluss wies Herr Weil auf die Ephos. arch. III. veröffentlichte Inschrift des Bildhauers Archemos aus Ghios hin, der mit dem in der Delischen Inschrift genannten nicht identisch, sondern ein jüngerer Mitglied der gleichen Künstlerfamilie, vielleicht ein Enkel des älteren sei. Die Inschrift gehöre nach dem Schriftcharakter der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts an.

Gesellschaft für deutsche Philologie.

4. Sitzung am Mittwoch, den 16. Februar 1887. Herr Dr. Seelmann trug eine neue Ansicht über die Entstehungsgeschichte des Heintichsches aus dem 10. Jahrhunderte vor. Derselbe erörterte den Ursprung des im Berliner Volksdiakont häufig vorkommenden Wortes „etepetete“, in welchem er eine Erweiterung des niederdeutschen etc, die, altfriesisch etc, — jenseits durch das aus dem Munde der französischen Refugies häufig gehörte pent-etre erkannte. Herr Dr. Kugel besprach das lang erwartete zweibändige Werk von G. Meier: Alexandre le Grand und charakterisierte die im zweiten Bande enthaltene Histoire de la legende, soweit sie die lateinische Historia de proclis und die deutschen Bearbeitungen derselben betrifft, als eine sehr oberflächliche Leistung.

5. Sitzung am Mittwoch, den 2. März 1887. Herr Dr. Bethe legte einen Bericht über die Erscheinungen des verfloffenen Jahres auf dem Gebiete des Griechischen und Altgriechischen und der mittelhochdeutschen Epik. Für die altgriechischen Studien ist durch W. Braunes epochemachende Grammatik eine neue Grundlage geschaffen. Für die Epik sind außer einigen biographischen und textkritischen Arbeiten zu nennen Wolfgram, welcher die Abhängigkeit der deutschen Arezule von den Krenepredigten und päpstlichen Bullen erweist und die Erdtrumen von Weizenfeld über den daktylischen Rhythmus und die von Gika über einige Reimklauseln der Minnesänger. Als ein unglücklich fälliges Nachwerk kennzeichnete der Vortragende Meiers altdeutsche Weisen aus dem 12. bis 17. Jahrhundert. Dr. Fischer legte den ersten Band der Monumenta Germaniae paedagogica, welcher die von Koltweg herausgegebenen alten Hainischweiger Schulordnungen enthält, vor und gab zugleich einen Ueberblick über die Entstehung dieses von Koltweg mit langjähriger Mühen vorbereiteten umfassenden Unternehmens.

Gerichtsverhandlungen.

1. Die Fahrten und Abenteuer zweier jugendlicher Durchbreuer gelangten heute zur Kenntniß der 93. Abtheilung des Schöffengerichts. Die dreizehnjährigen Schulknaben Hermann Knüppelholz und Karl Wobbe, der erstere Sohn einer Gewerkschneiderin, der andere Sohn eines Briefträgers, waren der elterlichen Zucht überdrüssig, und beschloßen, sich derselben zu entziehen. An einem Septemberabend des vorigen Jahres waren die beiden Knaben verschwunden, früher Anzeigen roll wankte die Frau Knüppelholz nach dem Dien, in welchem sie ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 400 Mk. barg, — das Geld war fort und zweifellos hatte ihr Sprößling es mit auf die Reise genommen. Wie dieser heute vor Gericht erzählte, war es ihnen auf der Reise folgendermaßen ergangen: Nachdem Knüppelholz die Erlaubniß seiner Mütter „gefunden“, hatte er seinem Freunde mitgetheilt, daß die Reise nunmehr angetreten werden könne und sichenden Fußes hatte dieser sich bereit erklärt. Zunächst kauften sich die Jungen neue Anzüge, Koffer, Messer u. dgl., vor allen Dingen aber einen gebührenden Vorrath Cigaretten. Sie fuhren dann zunächst nach Halle und von da nach Frankfurt a. M. Wor es ihnen aufgefallen, daß die jugendlichen Passagiere unterwegs allen Restaurationen auf den Haltestellen einen Besuch abstatteten, so erregte es noch mehr Aufmerksamkeit, daß sie als Passagiere erster Klasse den Courteuren von Halle nach Frankfurt a. M. benutzten. Ein Frankfurter Passagier schloß ihnen auf den Bahn und nach anfänglichen Zweifeln zogen sie auch vor, ihre Cigaretten zu bekönnen. Im Besitze des Knüppelholz wurden noch gegen 200 Mk. gefunden, während sein Begleiter nur noch 2 Mk. besaß, die ihm von 18 Mk., welche Knüppelholz ihm zur Bestreitung seiner Ausgaben gegeben, übrig geblieben waren. Da die Mutter des Knüppelholz von der Stellung eines Strafantrags gegen ihren Sohn Abstand genommen hatte, so konnte gerichtliche Verfolgung nur gegen Wobbe, der der Anklage zum Diebstahl und der Falschheit beschuldigt wurde, vorgegangen werden. Aber auch dieser kam mit einem Beweise davon, da ihm eine Anklage nicht nachgewiesen werden konnte und der Gerichtshof auch der Versicherung des anwesenden sehr energischen Anwalts des Wobbe Glauben schenkte, daß sein Sohn dem „Knüppelholz“ einige recht trübe Stunden verdanke.

2. Der 19jährige Baugelerlehrling Otto Carl Heller stand heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. unter der Anklage des wiederholten Betrugs und der Urkundenfälschung. In dem Betrugsfalle, in welchem der Angeklagte angeklagt, hatten seine Pflegsleute eine Summe von einigen tausend Mark in Wertpapieren deponirt. Unter der falschen Vorspiegelung, von seiner Pflegsleute dazu beauftragt zu sein, hat er den Direktor des Instituts zu wiederholten Malen, Theile dieses Depots zu veräußern und ihn auszuhändigen. Als das Guthaben schließlich

büßig abgehoben war und der Direktor Anstand nahm, dem Angeklagten weitere Summen zu verabfolgen, mußte der Betrüger seinen Anstand dadurch erreichen, daß er dem Direktor einen von ihm gefälschten Brief übergab, in welchem seine Pflegsleute um ein monatliches Darlehen von 300 Mk. bat, gegen das Verprechen, demnachst Wertpapiere einliefern zu wollen. Alle diese Summen — die Bank ist allein um 1140 Mk. gekürzt — hat der leichtsinnige junge Mann geküßlich dazu verbraucht, sich ein Reitpferd kaufen und es unterhalten zu können. Der Gerichtshof hielt es nicht für angezeigt, in diesem Falle Milde walten zu lassen und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Verschiedenes.

In Glasgow wurde jüngst 150 Leben ein Abendessen gegeben. Jeder Gast erhielt ein Billet, auf welchem Folgendes gedruckt stand: „Eintrittskarte zu dem besonders für Diebe veranstalteten Abendessen. Billette und Billet-Buchung belaufen sich auf 17. Februar um 6 Uhr 30 Minuten in Tolbooth Hall, 10 High Street, Glasgow. Dieses Abendessen ist nur für Männer, welche wegen Diebstahls verurtheilt sind.“ Nach Wright, aus London, welcher selbst einbrecher und Diebstahler gewesen ist, wird einige interessante Mittheilungen machen und hoffentlich in der Folge Zeit, eine Menge Mittel, die sich für Andere schon äußerst nützlich erwiesen haben, anzudeuten, wie man frei wird. Da die Zahl der Gäste auf 150 beschränkt ist, bittet man, zeitig zu kommen, um sich einen Platz zu sichern.“ Auf der Rückseite des Billets stand: „Sollte jemand in die Halle wollen, ohne bemerkt zu werden, so kann er durch die Hintertür an der Old Exchange Court hineinkommen.“ Die angeblichen gewesenen Straflinge hatten alle vor sich Wright Revue zu passieren und nicht Wenige wurden, weil sie keine waren, zurückgewiesen. Beim Essen gab es keine geistigen Getränke, und ebenso wenig wurden Reden gehalten. Dagegen spielte Red Wright's Tochter auf der Violine, die einst dem berühmten Diebe Charles Peace gehdrt hatte. Die Gäste benutzten sich so anständig, daß einer der Zuschauer bemerkte, daß sich eine Kirchengemeinde im Westend London nicht hätte besser benehmen können.

Aus New York wird folgende abenteuerlich klingende Geschichte gemeldet, die auf einer Fahrt der Golette „Lucy“ passiert sein soll. Das Schiff hatte eine Besatzung von Negern und Port-au-Prince bereits seit mehreren Tagen verlassen, als der Kapitän und die Mannschaft zu ihrem Schrecken eine Unzahl Scorpione und Hundertfüßer an Bord entdeckten, deren Biss lebensgefährlich ist. Man brachte eilends stehendes Wasser herbei und tötete durch das Ausgießen desselben die Thiere. Aber einige Stunden später folgte der noch schreckensvoller aus dem Mann und meldete, daß sich daselbst Tausende der gefährlichen Thiere herumtummeln. In der That dauerte es nicht lange und das Schiff war überfüllt von denselben. Die Matrosen flüchteten sich in die Masten und waren nicht zu bewegen, dieselben zu verlassen. Während zweier Tage bedeckten die gefährlichen Thiere das Deck; ein Neufundländer, der einen Biss erhielt, verendete nach wenigen Minuten. Nur der Kapitän und der zweite Offizier hielten auf ihren Posten aus und verjagten, durch das Ausgießen von Wasser, die mit beneidender Schmeißel gefüllten Thiere zu erlösen. Hunderte fanden ihren Tod, aber es blieben noch Tausende übrig. Endlich am dritten Tag erhob sich ein furchtbarer Sturm, das Meer legte das Deck rein und bald war das letzte der gefährlichen Thiere verschwunden. Das Schiff hatte Bauholz und Cedernholz an Bord und man glaubt, daß die Hundertfüßer in dem Holz ihre Nester gehabt hatten.

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Gesellschaft (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Frankfurt a. M., Dienstag, 8. März, Nachmittags 2 Uhr

30 Min. Post.	C. v. 7.	Unif. Egypter	C. v. 7.
(Schluß-Course.)			
Londoner Wechsel	20,405 20,417	71,50	70,80
Pariser do.	80,366 80,363	13,30	13,10
Wiener do.	159,10 159,00	212	212
Reichsbank	105,45 105,45	114,80	114,70
Deutsche Silber.	63,60 63,80	190	188,5
do. Rapiertente	62,00 62,20	158,5	157,1
do. 5% Rapiertente	86,60 86,50	92,90	92,80
do. 4% Goldrente	110,80 111,00	92,10	92,10
1860er Loose	270,40 271,40	69	68,5
4% ungar. Goldr.	76,70 76,30	151,50	150,30
do. Staatsloose	208,20 208,50	127,5	125,5
Italien.	95,30 94,90	217,5	216,5
1880er Ruffen	78,90 78,40	Darmstädter Bank	132,90 133,10
II. Orientanleihe	54,90 54,50	Wieninger Bank	92,80 92,50
III. Orientanleihe	54,70 54,30	Reichsbank	134,00 133,50
Spanier erter.	63,60 63,20	Diskonto-Komm.	188,80 187,40
Neue Serben 79,00		5% serbische Rente	77,00 77,00
Nach Schluß der Börse:			
Kreditaktien 217,5			
Frankfurter 158,5			
Commodities 69			
Kreditaktien 188,80			
mandat 188,10			

Breslau, Dienstag, 8. März, Nachm. Still.

C. v. 7.	C. v. 7.
Deutsche Banknoten	159,00 158,80
Russ. Banknoten	179,10 179,20
Deutsche Goldr.	—
4% ungar. Goldr.	76,50 76,00
1880er Ruffen	78,90 78,25
1884er Ruffen	92,40 92,80
II. Orientanl.	54,55 54,25
Italiener	95,50 94,65
Schlesische 34proz. Landbank.	96,05

Leipzig, Dienstag, 8. März.

Schluß-Course.		C. v. 7.		C. v. 7.	
3proz. ächs. Rente	90,20	90,20	Leipziger Diskonto	98,00	98,00
4proz. „ „	103,50	103,50	Sächsische Bank	114,00	114,00
Bausparbörse Lit. A.	121,50	121,50	Leipziger Kammergar.	218,00	220,00
do. Lit. B.	83,00	83,40	„ „	84,00	84,00
Böhm. Nordbahn	98,00	98,00	Rudersfabrik Glanitz	73,00	73,00
Gras-Rothsch.	67,00	87,00	Industrieller Halle	89,00	89,00
Leipziger Kredit	168,00	167,25	Sächs. G.-G.-Gesellsch.	123,50	127,50
Leipziger Bank	129,00	129,00	Deutsche Banknoten	158,90	158,75
Wien, Dienstag, 8. März.			Nachm. Rubik.	158,90	158,75

Wien, Dienstag, 8. März, Nachm. Ruhig, fest, Rapiertente schwach.

(Schluß-Course.)	C. v. 7.	C. v. 7.	
Deut. Rapiert.	78,10 78,15	Kronpr. Rudolfsb.	180,00 180,00
do. 5% Rapiertrente	35,80 35,25	Dur-Bodenbach	—
do. Silberrente	79,80 79,90	Böhm. Westbahn	—
4% Goldrente	108,80 108,80	Nordbahn	2360 2370
do. ungar. Goldr.	96,30 95,95	Unifonbank	206,50 205,00
5% ungar. Rapiert.	85,80 86,00	Anglo-Austrian	103,75 103,00
1854er Loose	126,00 125,75	Wiener Bankverein	95,50 95,50
1860er Loose	132,00 132,50	Ungar. Kredit	284,00 282,50
1864er Loose	164,00 164,50	Deutsche Plätze	62,80 62,90

Nachbörse: Deutsche Kreditaktien 275,20, Frankfurter 237,75, Comodities 87,75, Galizier 198,75, Elbthal 147,25, ungar. Brämen, Loose 118,50.

Verantwortliche Redakteure: H. Bernburg in Berlin.

Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: S. C. Kohnen in Berlin.

Druck und Verlag der National-Anstalt Dr. J. Schömann in Berlin.